

Sehr geehrter Herr Präsident,
geehrte Damen und Herren,

„Wenn ich zu entscheiden hätte, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne eine Regierung haben sollten, würde ich ohne Zögern das letztere vorziehen.“ Dies sagte einst Hans-Dietrich Genscher. Und diese bemerkenswerte Aussage macht – so meine ich – den Stellenwert der Zeitungen für unsere Demokratie deutlich.

Wir alle teilen wohl die Einschätzung, dass wir auf die Tageszeitung, ihre Vielfalt, ihre Information, ihre Kritik, ihre Unterhaltung nicht verzichten wollen. Die Medienwissenschaftler Stephan Weichert und Leif Kramp haben das in einer im vergangenen Jahr bei der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Studie mit dem provokanten Titel „Das Verschwinden der Zeitung?“ treffend so ausgedrückt: Der journalistische Geist der gedruckten Presse kann – und muss – weiterleben, nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil er identisch ist mit der Idee einer lebendigen Demokratie: Ohne das publizistische Gegengewicht einer funktionierenden Medienlandschaft kann keine Aufklärung, keine Meinungsbildung mehr stattfinden. Glaubwürdigkeit,

Orientierung, Unabhängigkeit sind die Pfunde, mit denen der Zeitungsjournalismus nach wie vor wuchern kann.“ So weit Weichert und Kramp.

Der Philosoph Jürgen Habermas hat vor etwa drei Jahren in der „Süddeutschen Zeitung“ einen bedeutenden Beitrag formuliert zum gesellschaftlichen Mehrwert der Qualitätspresse gesagt, und der ist aktueller denn je. Er sagt: „Keine Demokratie kann sich ein Marktversagen auf diesem Sektor leisten. Für eine Demokratie ist ein freies und unabhängiges Mediensystem Grundlage und Voraussetzung für die Meinungs- und Informationsfreiheit. Der Zeitung kommt hier eine herausragende Rolle zu. Die Tageszeitung ist nach wie vor das Medium mit der höchsten Glaubwürdigkeit. Die immer noch bestehende Vielfalt der lokalen und regionalen Titel und Redaktionen ist wichtig für die Willensbildung im föderalen Staat.“

So weit die hehren Worten zur Bedeutung von Zeitungen. Der Großen Anfrage der Linken haben wir es nun zu verdanken, dass wir uns auch mit der Situation der niedersächsischen Zeitungs- und Medienlandschaft befassen. Die Fragen sind umfangreich. Nichtsdestotrotz gibt es eine Lücke in den gestellten Fragen, ein

erheblicher Teil des Medienmarktes in Niedersachsen hat in den Fragen keine Berücksichtigung gefunden: zu den Bürgermedien, zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie zum privaten Rundfunk fehlen. Diese drei Bereiche sind entscheidend, um den Zeitungsmarkt wie den gesamten Medienmarkt beurteilen zu können. Dies ist vor allem im Hinblick auf die Forderung nach einem Medienkonzentrationsrecht wichtig. Doch dazu komme ich später. Die Bereiche müssen also medienpolitisch gesehen noch nachgearbeitet werden.

Mein Dank gilt natürlich allen, die an der Beantwortung mitgearbeitet haben. Die Landesregierung hat sich ja selbst bei einigen Fragen überfordert gesehen und hat da auf Sachverstand von Außen gesetzt. Das war gut so. Trotzdem muss man sagen, dass es sich die Landesregierung an der einen und anderen Stelle sehr einfach gemacht hat, in dem man auf die angeblich fehlende Daten- bzw. Informationslage hingewiesen hat. Insgesamt betrachtet aber stellt die Beantwortung der Großen Anfrage eine gute Grundlage zur weiteren Beratung des Medienmarkts Niedersachsen dar. Diese Große Anfrage kann aber meiner Meinung nach nur der Anfang sein.

Geehrte Damen und Herren,

ich möchte in meiner Bewertung dieser Großen Anfrage nur auf drei Fragen näher eingehen:

- 1.) Die journalistische Arbeit ist der wichtigste Baustein einer Zeitung: Wie steht es um die Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten?
- 2.) Ist die Politik gefordert, Fördermaßnahmen im Pressebereich einzuleiten, um einen qualitätsvollen, unabhängigen Journalismus zu gewährleisten?
- 3.) Brauchen wir eine bessere Berichterstattung über die Medienlandschaft Niedersachsen, also z.B. einen Medienkonzentrationsbericht?

Kommen wir zu den Journalistischen Arbeitsbedingungen

Warum? Weil die Qualität im Journalismus professionelle Arbeitsbedingungen erfordert und soziale Sicherheiten, die den journalistischen Anforderungen und der Verantwortung von Festangestellten wie Freien gerecht werden. Doch bei der Beantwortung dieser zentralen Fragen macht es sich die Landesregierung viel zu einfach. Man zieht sich zurück auf Allgemeinplätze und auf die Darstellung der Beschäftigten nach den Wirtschaftsklassen. Einer Bewertung der Arbeitsbedingungen, die sich in den vergangenen 20 Jahren erheblich und nachweislich verschlechtert haben, enthält man sich. Die angehängten Tabellen werden immerhin mit der Aussage kommentiert, dass die Tarifbindung leicht rückläufig sei.

Eine weitere bemerkenswerte Aussage der Landesregierung ist: „Ein Trend zum redaktionellen Outsourcing lässt sich aus den der Landesregierung vorliegenden Informationen nicht entnehmen.“ Bei einer solchen Aussage frage ich, werden eigentlich Fachpublikationen, Informationen der Gewerkschaften oder die medienpolitischen Seiten der großen

überregionalen Zeitung in Deutschland zur Kenntnis genommen? Der SPIEGEL hat z.B. unter dem Titel „Die Qualitäts-Lüge“ die Ausdünnung der Redaktionen in den Tageszeitungen beschrieben. Man kann sich also ein genaues Bild verschaffen – wenn man es denn will.

Da sind die Daten des Deutschen Journalisten-Verbandes aussagekräftiger. Bei den Zeitungen arbeiten heute nur noch knapp 70 Prozent des Personals von 1993, bei Nachrichtenagenturen und Anzeigenblättern weniger als die Hälfte. Wesentlich weniger Menschen können heute vom Journalismus leben als noch 1993. Wir haben einen erheblichen Rückgang bei der Zahl der festangestellten Journalisten. Von Journalisten werden immer mehr Tätigkeiten auch im Bereich der Produktion verlangt. Insgesamt hat der Arbeitsdruck in den Redaktionen zugenommen. Die Zahl der befristeten Stellen hat zugenommen. Fast alle niedersächsischen Verlagshäuser haben Ausgründungen in unterschiedlichster Weise vorgenommen, um Neueinstellungen zu wesentlich schlechteren Bedingungen vornehmen zu können. Parallel dazu wächst die Zahl der freien Journalisten, während deren Honorare abnehmen.

Die aktuelle Umfrage des DJV zu den Arbeitsbedingungen freier Journalisten zeichnet ein fatales Bild. Lange Arbeitszeiten, kaum Urlaub, Verletzung der Urheberrechte, geringes Honorar, und von diesen mickrigen Honoraren kann man noch nicht mal leben. Viele Freie müssen nebenbei noch andere Jobs ausüben.

Diese Situation muss uns in Alarmstimmung versetzen. Denn Journalisten in unsicheren Arbeitsverhältnissen können ihren Auftrag, unabhängig und frei zu berichten, nur schwer erfüllen. Die Erwartung an die Politik hat der DJV in seiner gerade erschienenen Auswertung zu den Arbeitsbedingungen der freien Journalisten formuliert: ein Mindestlohn für Freie und ein deutlich verbessertes Urheberrecht zur Wahrung des geistigen Eigentums. Diese Förderung wird von meiner Fraktion unterstützt.

Fördermaßnahmen im Pressebereich

Angesichts dieser Situation gibt es natürlich eine Debatte darüber, welche Instrumente die Politik entwickeln kann, um einen qualitätvollen, staatsfernen Journalismus zu fördern. Die Antwort der Landesregierung ist hier ja strikt und engstirnig. Denn es geht ja bei möglichen Förderungen nicht um Eingriffe in die Pressefreiheit, sondern um deren Sicherung. In den USA und Großbritannien ist man hier schon weiter, dort entwickelt man bereits entsprechende Modelle.

Die Fachszene debattiert bereits darüber. Das Feuilleton der ZEIT hat diese Entwicklung aufgegriffen und Zukunftsszenarien der schon erwähnten Medienforscher Weichert und Kramp publiziert. So wird darin das Modell von Stiftungen erörtert, ein Nationalfonds für Qualitätsjournalismus entworfen, pauschale Urheberrechtsvergütungen angedacht oder eine bildungspolitische Lösung unter Einbindung von Universitäten, Fachhochschulen und Medienakademien vorgeschlagen. So könnte eine Art Bildungszentrale zur Sicherung des Qualitätsjournalismus eingesetzt werden. Vor allem die letzte Idee hat meiner Meinung nach viel Charme. Ganz die Augen vor den Notwendigkeiten und

Möglichkeiten der Förderung der journalistischen Arbeit zu verschließen, so wie es die Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage macht, das geht nicht.

Kommen wir zum Medienkonzentrationsrecht.

Brauchen wir eine möglichst zeitnahe Berichterstattung über die Veränderungen unserer Medienlandschaft? Ich finde Ja! Brauchen wir dafür einen Medienkonzentrationsbericht in Niedersachsen: Ich glaube Nein! Denn die Zeitungslandschaft in Niedersachsen ist von vielen kleinen Verlagshäusern bestimmt. Besondere Aufmerksamkeit muss auf die Entwicklung der Medienlandschaft im Lokalen gelegt werden. Denn gerade in der Phase, in der die Landesregierung eine Änderung der Medienlandschaft in Niedersachsen vorbereitet und lokalen kommerziellen Rundfunk ermöglichen will, ist die Frage der lokalen Meinungsmonopole von besonderer Bedeutung.

Lokaler kommerzieller Rundfunk kann die einheimische Medienlandschaft zusätzlich beleben – ohne Frage. Doch angesichts dessen, dass in Niedersachsen in der Regel nur eine Tageszeitung zur Auswahl steht, ist die

medienkonzentrationsrechtliche Frage entscheidend. Vor allem wenn diese lokale Zeitung auch noch lokales Fernsehen machen will. Hier gilt es frühzeitig einzugreifen, um mögliche Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die niedersächsische Landesmedienanstalt könnte dies übernehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte auch mit einem Zitat enden: Der amerikanische Medienkritiker Neil Postman hat zur sich verändernden Medienlandschaft gesagt: „Was als ein Strom nützlicher Informationen begann, hat sich inzwischen in eine Sturzflut verwandelt.“ In diesem Sinne muss Medienpolitik steuern eingreifen, um ein freies und vor allem unabhängiges Mediensystem zu erhalten. Das ist Grundlage und Voraussetzung für Meinungs- und Informationsfreiheit. Doch um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss man um die Medienlandschaft wissen, sie beobachten, Fehlentwicklungen entgegentreten und unabhängigen Qualitätsjournalismus stärken.

Vielen Dank!